



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Mo. 9-12Uhr, Di. 13-16Uhr
Do. 8-12Uhr, Fr. 9-12Uhr

Konstanz, 08.09.2010

Pressemitteilung: Lehmann: „Landesregierung muss endlich im Fluglärmstreit Farbe bekennen und die Interessen der Bevölkerung entschieden vertreten!“

Der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann fordert in einem parlamentarischen Antrag die Landesregierung dazu auf, endlich die Interessen der südbadischen Bevölkerung auf Bundesebene entschieden zu vertreten. „Ministerpräsident Mappus lässt im Streit um den Lärm des Flughafens Zürich bisher die Bevölkerung gezielt im Stich – die Landesregierung muss endlich in Berlin aktiv werden“, so der Abgeordnete. Lehmann ist empört über Berichte, nach denen die Landesregierung beim Regierungspräsidium Freiburg interveniert haben soll, um einen Brief der Begleitkommission „Fluglärm Zürich“ an die Landesregierung zu verhindern, in dem Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) um die offizielle Vorlage der südbadischen Position zum "Fluglärmstreit" beim Bundesverkehrsminister Ramsauer gebeten werden sollte: „Das ist ein skandalöser Vorgang!“

In dem parlamentarischen Antrag, den Lehmann am 6. September 2010 einbrachte, fordern die Grünen Abgeordneten die Landesregierung auf, ihre Position zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich offenzulegen und eine mögliche Positionsänderung klar zu benennen. Zudem wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die von südbadischen Politikern in einer Erklärung festgelegten Kernpunkte zur Grundlage der deutschen Verhandlungsposition gemacht werden. „Es darf nicht sein, dass die Landesregierung widerstandslos weitere Belastungen für den südbadischen Raum hinnimmt“, so Lehmann zur Motivation des Antrags. „Die Landesregierung muss sich endlich im Fluglärmstreit gegenüber der Bundesregierung klar positionieren.“ Der Südwesten Baden-Württembergs, mit dem Naturpark Südschwarzwald und der Bodenseeregion das bedeutendste Erholungs- und Tourismusgebiet des Landes, bedürfe des entschlossenen Engagements der Landesregierung, stellt der Landtagsabgeordnete fest.

Die Verhandlungen um die Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich gehen derzeit in eine kritische Phase. Der verhandlungsführende Bundesverkehrsminister Ramsauer steuert auf einen Vertrag zu, der erhebliche Belastungen für den südbadischen Raum brächte. Die Position der südbadischen Politiker fordert jedoch Entlastungen statt weiterer Belastungen für die Bevölkerung. Der Ministerpräsident hatte noch im März 2010 den sechs Landräten schriftlich seine Unterstützung zu den Kernpunkten der Position (max. 80.000 Anflüge, Beibehaltung der Sperrzeiten) zugesichert, rückte aber im Rahmen eines Kreistagsbesuchs in Waldshut im Juli 2010 scheinbar wieder davon ab. „Die Landesregierung scheut offensichtlich davor zurück, die Position von Bevölkerung und politisch Verantwortlichen gegenüber der Bundesregierung klar und deutlich zu vertreten“, urteilt Lehmann. Jüngste Berichte deuten sogar darauf hin, dass die Landesregierung jegliche Kritik im Keim zu ersticken versucht: Nach Berichten der Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastungen im Landkreis Konstanz e.V. hat das Regierungspräsidium Freiburg den Beschluss der Begleitkommission „Fluglärm Zürich“, die Landesregierung in einem Brief um die Vorlage des südbadischen Position beim Bundesverkehrsminister zu bitten, nicht ausgeführt. Die Landesregierung habe „zur Vermeidung von Aktenlage“ interveniert, so die Bürgerinitiative.

In der „Erklärung der politisch Verantwortlichen in Südbaden zur Flugverkehrsbelastung durch den Flughafen Zürich“ vom 25.11.09, auf den sich der Antrag der Grünen Landtagsabgeordneten bezieht, stellten die Unterzeichner fest, dass die Bevölkerung Südbadens zwar nach wie vor bereit sei, Fluglärmbelastungen durch Anflüge zu ertragen, allerdings nicht mehr im bisherigen und nicht mit der Bevölkerung abgestimmten Umfang. Die von zahlreichen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern – darunter auch Lehmann - unterzeichnete Erklärung umfasst die folgenden Forderungen:

- Übernahme von max. 80.000 Anflügen pro Jahr, soweit die Schweiz den technischen Nachweis für deren Erforderlichkeit erbringen kann.
- Uneingeschränkte Beibehaltung der Sperrzeiten der 220. DVO
- Keine Abflüge über deutschem Gebiet.
- Keine Hinnahme von Umweg- und Warteflügen über deutschem Gebiet.
- Aufhebung des Warteraumes „RILAX“.
- Kein „gekröpfter“ Nordanflug.